

Branche in Aufruhr

Neue Regulative machen der Fondsbranche das Leben schwer. Als Folge könnten viele Produkte verschwinden.



© APA/Roland Schlager

... Von Andre Exner

WIEN. Die Finanz weiß alles: Das österreichische Bankgeheimnis ist Geschichte. Mit dem Kontenregister haben die Steuerbehörden seit heuer umfassende Informationen über private Depots, Konten und Sparbücher. Die Rechtfertigung des Finanzministeriums: Die neue Transparenz soll rechtschaffenen Bürgern zugutekommen und dient rein dem Kampf gegen Schwarzgeld und Geldwäsche. Als gelernter Österreicher vernimmt man aber auch eine andere Message: Wer Geld am Sparbuch, am Bankkonto oder gar in Wertpapieren und Fonds hat, ist für den Fiskus „von Haus aus“ suspekt.

Tatsächlich weht der Fondsbranche ein rauer Wind entgegen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen machen das Leben für die Anbieter von Anlageprodukten, die über die Komplexität des Bausparers hinausgehen, nicht unbedingt leichter. Und das hehre Ziel des Gesetzgebers, die Transparenz zu erhöhen, ist in der Praxis nicht bemerkbar, wie Wolfgang Habermayer, Geschäftsführer der Vermögensverwaltung Merito, sagt:

30
Millionen

Kontenregister

Sämtliche Wertpapierdepots, Konten und Sparbücher in Österreich werden seit 1. März 2015 an das zentrale Kontenregister gemeldet. Mit Februar 2017 liegen den Finanzbehörden damit praktisch alle in Österreich geführten Konten vor, in Summe mehr als 30 Mio. Kontodaten.

„Grundsätzlich ist dem Regulator zwar eine gute Absicht zu unterstellen. Dennoch unterliegt auch die Regulierung eher politischen Pendelbewegungen.“

Anbieter in der Pflicht

Die wichtigste Änderung: Die Richtlinie MiFID II, die Anfang 2018 in Kraft treten wird, sagt Christian Noisternig, Leiter Privatkunden, Geschäftskunden und Freie Berufe in der Bank Austria. Dort geht es um mehr Kostentransparenz und um mehr Anlegerschutz. Daneben gibt es aber strengere Transparenzanforderungen für den Derivatehandel und die Nutzung



© Erste Sparinvest

Strenge Finanz

Die Fondsbranche kritisiert vor allem die Richtlinie MiFID II. Finanzminister Hans Jörg Schelling hält an der Einführung Anfang 2018 trotzdem eisern fest.

von Handelsplattformen. „Was auf die Emittenten und Fondsgesellschaften zukommt, ist vor allem die Pflicht, für jedes Produkt einen Zielmarkt zu definieren“, sagt Noisternig. „Es geht um die Frage, für welche Anleger die jeweilige Veranlagungsmöglichkeit überhaupt geeignet ist. Ändern sich Parameter, muss die Zielgruppe angepasst oder der Verkauf eingestellt werden.“

Auch die Beratung muss genauer dokumentiert werden; selbst telefonische Beratungsgespräche müssen aufgezeichnet werden. „Ob das dazu geeignet ist, mehr Anlegerschutz zu erreichen, wage ich zu bezweifeln“, sagt Leo Willert, Gründer und Head of Trading von Arts Asset Management, einem Unternehmen der C-Quadrat Gruppe. Er befürchtet, dass sich viele Fondsanbieter als Konsequenz von MiFID II aus dem Privatkundengeschäft zurückziehen und ihre bisher erhältlichen attraktiven Anlageprodukte künftig nur institutionellen Investoren anbieten werden.

Fonds nicht an Krise schuld

„Die österreichischen Investmentfonds weisen mittlerweile ein hohes Maß an Transparenz und Sicherheit auf“, sieht auch Heinz Bednar, Geschäftsführer Erste Sparinvest, die neuen Vorschriften kritisch. „Wir haben alles in unserer Macht Mögliche getan, um den Schutz der Anleger zu verbessern und das Produkt so transparent wie möglich zu gestalten. Die Krisen der Vergangenheit hatten ihre Ursache nicht im Produkt Fonds.“ Weise Worte – die aber beim Gesetzgeber auf taube Ohren stoßen.

”

Wir haben alles getan, um den Schutz der Anleger zu verbessern und das Produkt so transparent wie möglich zu gestalten.

Heinz Bednar
Erste Sparinvest

“